

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren,

1. alle diese Regelungen nehmen Einsparungen des seit 2001 regierenden CDU-Senates zurück. Das ist kein Schritt nach vorn, sondern eine absolut überfällig Korrektur schlechter und unsozialer schwarzer Schulpolitik

zu den Punkten im Einzelnen:

2. Die erste Rücknahme betrifft die Grundschulen

Der CDU-Senat hat Hamburg die größten Grundschulklassen in ganz Deutschland beschert. Und dass, wo doch jeder weiß, dass sich in den großen Städten die Probleme viel größer sind, als in Flächenländern. Dieser CDU-Senat hat in den letzten Jahren dafür gesorgt, dass es in keinem anderen Bundesland in Deutschland so viele Schülerinnen und Schülern den Grundschulklassen gab. Die von der CDU zu vertretende Einführung der viel zu großen Organisationsfrequenz von mindestens 27 Kindern in allen Grundschulklassen hat in der Praxis zu vielen Grundschulklassen mit 30 oder 31 Kindern geführt.

3. Die zweite Rücknahme erfolgter Einsparungen betrifft die in Hamburg lange bestehenden Ganztagschulen, von denen viel in sozialen Brennpunkten liegen, wie z.B. die Theodor-Haubach-Schule

Während hier Sonntagsreden auf die Bedeutung von Bildung gehalten wurden, hat die CDU den Kindern mit Migrationshintergrund in den sozialen Brennpunkten die Hausaufgabenbetreuung gestrichen.

4. Beim dritten Punkt wird lediglich die Verschlechterung der pädagogischen Qualität an Ganztagschulen rückgängig gemacht. Im letzten Jahr waren die Hilfeschreie der Ganztagschulen nicht mehr zu überhören, wie sie die Qualitätsverschlechterungen nicht mehr vertreten konnten. Es zeichnete sich ab, dass viele Schulen den Schritt zur Ganztagschule nicht mehr gehen wollten, da sie die vorgegebenen Rahmenbedingungen z.B. der Personalausstattung für so schlecht halten, dass sie die Bezeichnung Ganztagschule für nicht gerechtfertigt hielten. Daher ist auch an diesem Punkt die Rücknahme der Verschlechterung der Qualität der schulischen Arbeit ein richtiger Schritt.
5. Rund 100 Lehrerstellen sollen es nun mehr sein. So richtig in ihren Jubel mag man da nicht einstimmen. Betrachten wir einmal die Entwicklung der letzten Jahre, so haben sie in der Zeit der CDU geführten Senate sei 2001 einen Rückgang an Lehrerstellen in Hamburg an den staatlichen Schulen um rund 850 Lehrkräfte zu verantworten.
6. Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler gestiegen, um rund 3000
7. Aber nicht nur durch die steigenden Schülerzahlen hätte man eigentlich mehr, statt weniger Lehrkräfte gebraucht. Im gleichen Zeitraum sind durch neue Ganztagschulen und die Schulzeitverkürzung auf das Abitur nach 12 Jahren weitere Lehrerstellen erforderlich gewesen. Eigentlich. Stattdessen wurde die

Klassen immer größer und die individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen, über deren Notwendigkeit wir hier erste gestern gesprochen haben, immer schwieriger.

Frau Senatorin Goetsch, im Wahlkampf waren wir uns einig, dass der massive Abbau von Lehrerstellen rückgängig gemacht werden muss, damit das Hamburger Schulsystem für die Herausforderungen gerüstet ist. Es ist doch eine Posse, dass nach dem PISA-Schock in Hamburg Jahr für Jahr weniger Lehrer an den Schulen arbeiten.

8. Bei den Hamburger Lehrerstellen gibt es aber ein weiteres Problem, neben dem massiven Abbau. Es gelingt der Schulbehörde nicht, über die genaue Zahl der Lehrer in Hamburg und ihre Einsatzbereiche eine Transparenz herzustellen, wie es sich für ein modernes Gemeinwesen gehört. Weder für die Öffentlichkeit noch für die Bürgerschaft ist der Lehrstellenplan nachvollziehbar. Wir haben da in den letzten Jahren schon viel erlebt. Beim Schulsenator Lange wurden Lehrkräfte, die für ausscheidende Beamte eingestellt wurden immer als Aufstockung des Lehrstellenplans verkauft. Daten, die genannt werden, passen nicht zusammen, auf gleiche Fragen werden verschiedene Zahlen genannt, mal verschwinden Lehrerstellen ganz, dann hat man sich gegenüber der KMK um 1000 verrechnet, wie Senatorin Dinges-Dierig hier einräumen musste.
9. Dieses Chaos scheint sich fortzusetzen. Im Schulausschuss am 18. Juni, also vor über zwei Wochen, wurde einmal wieder eine Zahl über die Lehrerstellen genannt: Zum 1.8.2008 sollen es nun 13.608 Lehrkräfte im staatlichen Schulwesen sein, sagte jedenfalls Senatorin Goetsch.
10. Zum einen verweist diese Zahl gegenüber 2006 auf einen weiteren Rückgang an Lehrerstellen, der bisher nicht öffentlich gemacht wurde.
11. Zum zweiten konnten unsere Fragen nach der Zahl der Lehrerstellen für das vorige Jahr bis heute nicht beantwortet werden, die vom Senat zugesagte Protokollerklärung liegt uns bis heute nicht vor. Sie schaffen es innerhalb von zwei Wochen nicht, der Bürgerschaft diese wichtige Information zu geben. Was ist passiert? Ist die Schulbehörde immer noch nicht in der Lage, die einfachsten Fragen zum Lehrstellenplan zu beantworten? Oder stimmt die vom Senat angegebene Zahl mal wieder nicht und sie wollen sich ersparen, sich hier zu korrigieren?
12. Wir haben im Schulausschuss einvernehmlich vereinbart, die Drucksache nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen, damit die Mittel freigegeben werden. Auch unter diese Voraussetzung ist es nicht nachvollziehbar, wieso die Fragen der Opposition zur heutigen Sitzung nicht beantwortet vorliegen.

Also: Das Chaos um den Lehrstellenplan geht weiter.

Also: was heute passiert ist kein Aufbruch, sondern korrigiert in Teilen lediglich die Auswirkungen schwarzer Sparpolitik zu Lasten der Bildung.